

Die SP auf den Spuren von Trump

Die NZZ (16. 11. 16, «Wenn der Kapitalismus «entfesselt» ist») illustriert anhand von konkreten Beispielen, dass und wie die SP Schweiz im Trump-Stil politisiert, nämlich mit masslosen Übertreibungen, demagogischen Appellen an Emotionen oder schlicht mit Lügen. Das besprochene Positionspapier der SP zeigt das schon im Titel «Mit mehr Demokratie gegen Frust und Ohnmacht». Der rote Faden, der sich durch das Positionspapier zieht, ist der Kampf gegen die Ungleichheit – denn es gehört offenbar zum Mantra der SP, dass «Ungleichheit» gleich «Ungerechtigkeit» ist. Und die fundamentale – dem Stil nach Trumpsche – Verfälschung des Papiers ist die Behauptung, der Kapitalismus sei in der Schweiz entfesselt und die Ungleichheit von Oben und Unten, von Arm und Reich werde immer grösser.

Das ist die typische Vorgehensweise des Feuerwehrmanns, der zuerst das Feuer legt (die tatsächlichen Umstände vertuefelt) und danach die Feuerwehr (also sich selbst) zu Hilfe ruft. Das Streben, in irgendeiner Hinsicht besser zu sein, besser als gestern oder besser als der Konkurrent oder die Kollegin, liegt in der menschlichen Natur. Man nennt dies Evolution. Das Streben nach Ungleichheit ist das Fundament, auf dem die Evolution aller Lebewesen der Welt steht, ist der Antreiber der Entwicklung der Spezies Mensch. Deshalb ist «mehr Geld» die Folge der Evolution, nicht deren Ursache. Ungleichheit, auch finanzielle, ist nicht ungerecht, sondern das Natürlichste der Welt.

Harry G. Frankfurt, emeritierter Professor der Universität Princeton, bringt das Kernproblem auf den Punkt: Soweit es überhaupt Gerechtigkeit gibt, kann ihr Ziel nicht die Beseitigung von Ungleichheit sein, sondern nur die Beseitigung der Armut. Und dieses Ziel wäre für die Schweiz, auch für die SP, ein viel lohnenderes Thema als die auf Trumpsche Art betriebene Bewirtung der «gefühlten» und nebensächlichen Ungleichheit und als das unsinnige Fordern einer Welt, in der alles per Vollversammlung geregelt wird.

Bernard Bachmann, Bever

Harte Lebensschule und keine Ferien

Der Kanton Zürich will das Jugendschiff «Salomon» nicht unter behördliche Fittiche nehmen (NZZ 2. 12. 16). Regulationswahn und Phantasiemangel? Wir besagelten mit drei Kindern auf eigenem Kiel den Nordatlantik. Im Sommer waren wir auf den Azoren, als ein Schweizer Dreimaster einlief: die «Salomon»! Als neugierige Familie wollten wir die Leute kennenlernen. Ihr Mechaniker meinte, er würde abklären, ob das gehe. Da merkten wir, dass wir besondere Seeleute angesprochen hatten. Auf der «Salomon» werden «schwererziehbar» Jungs mit teilweise kriminellem Hintergrund betreut, um «die Kurve» zu kriegen. Wir fanden wichtig, dass unsere Kinder diese Realität kennenlernen. Die «Salomon» lud uns ein zum 1. August. Auch die beaufsichtigende Beamtin eines deutschen Jungen war da. Die Deutschen schaffen das, was die Schweizer nicht können; ein Jugendschiff überwachen und fördern.

Uns beeindruckte, was wir während gemeinsamer Stunden erlebten: hand-

festen Erziehungs- und Betreuungsarbeit. Anfangs waren wir nervös – auch die Jungs. Nach kurzer Zeit waren wir aber in einem Kreis engagierter Menschen, denen man zwar anmerkt, dass sie happe Biografien haben. Aber sie lernen spürbar, Strukturen zu achten, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu tragen und für das Leben zu lernen. Unser Indikator: Kinder entwickeln auf einer grossen Segelreise Spürsinn dafür, wem sie vertrauen dürfen. Es war für unsere drei keine Frage: Mit den Burschen konnte man zusammenarbeiten! Das zeigte sich im Spiel, beim Helfen, Reden und Klettern auf die Masten unter verlässlicher Anweisung durch einen der Jungs. Unsere Kinder waren bei diesen «schwierigen Männern» gut aufgehoben.

Es ist nur vordergründig verständlich, dass Beamte die «Salomon» vom Schreibtisch aus nicht überwachen können. Mit Phantasie und wenig Schlüsselindikatoren wäre es möglich. Zwei solche sprächen dafür: hohe Wiedereingliederungsrate bei tieferen Tageskosten als in Festlandinstitutionen. Zwecks Monitoring könnte man Tiefeninterviews führen mit «Absolventen» und Angehörigen. Unangemeldete Inspektionen (Man kann jederzeit sehen, wo die «Salomon» anlegen wird!) wären kein Problem und nicht teuer. Und es soll keiner kommen mit der notorisch-dummen Kritik, es handle sich um «verordnete Ferien». Auf dem Atlantik zu segeln, ist harte Lebensschule. Der «Ferienanteil» ist kleiner als im Schweizer Alltag und in konventionellen Institutionen. Wir haben dies in achtzehn Monaten Seeleben selbst erfahren!

Marc-Anton Hochreutener-von Laue, Wetzikon

Vorbildliche Graffiti-Entfernung

In der NZZ vom 29. 11. 16 war zu lesen, Mauro Tuena fordere auch die Aufhebung der Fachstelle Graffiti beim Hochbaudepartement. Als Bewohner der Altstadt möchten wir der Fachstelle ein hervorragendes Zeugnis ausstellen. Jeweils Anfang Woche ziehen Mitarbeiter aus dem ergänzenden Arbeitsmarkt durch das Quartier und überstreichen bei den abonnierten Eigentümern die über das Wochenende recht häufig angebrachten Graffiti. Von ausländischen Besuchern erhalten wir regelmässig höchstes Lob für unsere kaum verschmierte Stadt. Die Entfernung der Graffiti erfolgt im Abonnement für 420 Franken im Jahr. Beim Beizug einer privaten Firma wäre schon für einen oder zwei Einsätze der gleiche Betrag aufzuwenden. Und vor allem ist die rasche Entfernung der Graffiti wichtig, um Nachahmungstäter abzuhalten. Mit wenig Aufwand erbringt die Stadt eine hervorragende Leistung für die Allgemeinheit.

Werner Guyer, Zürich

Dublin löst die Probleme nicht

Ausgezeichnet der Gastkommentar des Think-Tanks «foraus»: «Ausweg aus dem Dublin-Dilemma» (NZZ 25. 11. 16). Klar, wir brauchen eine effizientere Asylkoordination. Dublin löst die heutigen Probleme nicht und ist gegenüber Italien und Griechenland

höchst unfair. Alle Europäer sollten ihre menschen- und völkerrechtliche Verantwortung besser wahrnehmen. Dazu gehört die Akzeptanz des Mitspracherechtes der Flüchtlinge zur Zielwahl. Ein Dublin-Reformvorschlag muss auch solidarische Ausgleichszahlungen enthalten. Schön, wenn die Schweiz Ideengeberin ist, aber wenn wir mit unserem hohen Ausländeranteil in unserem kleinen Land in der Aufnahmekapazität begrenzt sind, sollten wir zumindest als reiches Land angemessene Beiträge leisten und nicht Mittel verschleudern für Helikoptereinsätze und Nachtsichtgeräte an der Südgrenze.

Martin A. Liechti, Maur

Wetter sind keine Abzocker

Die Lottospieler (NZZ 3. 12. 16) sind bereit, ihre Einsätze umzuverteilen, und bezahlen Gewinne nur aus diesen. Der Abzocker der Chefetage nimmt sich Geld, ohne dass andere Beteiligte (Kunden, Arbeitnehmer) einverstanden sind. Das bleibt Abzocke, das andere ist Wette.

Daniel Bosshard, Zürich

Ruiniertes Land

Im Artikel «Die ewigen Revolutionäre» (NZZ 22. 11. 16) schreibt Nicole Anliker: «Kubas Wirtschaft liegt am Boden.» Beizufügen ist: Die Infrastruktur liegt am Boden. So kann es schon vorkommen, dass man einen Tag lang auf ein schon lange reserviertes und bezahltes Mietauto warten muss, da laut Cubacar die Hälfte der Autos kaputt ist. Wer gerne auf einer fast leeren Autobahn Slalom fährt, um den Schlaglöchern auszuweichen, ist hier richtig. Überrascht hat mich die Kriminalität. So versuchten an einer Kreuzung in Havanna zwei Jugendliche die Hintertüren des Autos aufzureissen. Später wurde uns in den Bergen ein Nagel in den Pneu gesteckt, um uns anschliessend um 200 Euro zu erleichtern. Hinter der Fröhlichkeit der Menschen steckt Verzweiflung und Elend. Da hilft auch die Musik nur bedingt. Dass der Flughafen Havanna einen totalen Zusammenbruch der Wasserzufuhr erlitt – mit entsprechenden Folgen für die Toiletten –, bestätigte den Gesamteindruck eines ruinierten Landes.

Helen Schmid Blumer, Egg

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Weichenstellungen in Marrakesch

Gastkommentar

von CHRISTIAN ZEYER

Auch wenn die Klimaverhandlungen von Paris dieses Jahr durch die amerikanischen Wahlen etwas in den Hintergrund gedrängt wurden, die Klimakonferenz von Marrakesch war ein Grossereignis: 25 000 Teilnehmer aus fast 200 Staaten verhandelten während zweier Wochen über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

Wer erwartete, die Verhandlungen brächten die Geburt der künftigen Weltordnung für das Klima, wurde enttäuscht. Die Entwicklungsphase eines solch umfassenden Vertrags dauert länger als zwölf Monate. Der Klimavertrag ist einzigartig – weil er die Kooperation aller Länder dieser Welt erfordert, die sonst ganz unterschiedliche Interessen vertreten. Was der Schweizer Delegation jedoch Sorge bereitete: Es gab in Marrakesch Vertreter von Staaten, die das Abkommen von Paris infrage stellen wollten. Es ist daher bereits ein wichtiger Verhandlungserfolg, dass das Übereinkommen von Paris eindeutig bestätigt wurde.

Daneben wurden auch Fortschritte in anderen Bereichen erreicht, etwa bei der Klimafinanzierung. Hier besteht ein Konsens, der aber noch gestärkt werden muss: Industriestaaten müssen Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützen. Diese wiederum müssen ihre Bemühungen transparent darstellen.

Persönlich berührten mich die Reden der Staatschefs und Umweltminister der Entwicklungsländer. Für sie ist der Klimawandel bereits real. Sie erzählen von nie da gewesenen Dürren, von den Folgen des Anstiegs der Meeresspiegel oder von der Zunahme der Gewalt der Wirbelstürme. Sie erzählen aber auch von ihrer Angst, sie könnten durch den Klimawandel die in den letzten Jahrzehnten gemachten Entwicklungsschritte wieder verlieren. Doch auch

Der Klimavertrag ist einzigartig – weil er die Kooperation aller Länder dieser Welt erfordert.

diese Länder gehen voran: 48 Entwicklungsländer unterzeichneten an der Klimakonferenz eine Erklärung, dass sie bis spätestens 2050 ihre Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umstellen wollen.

Diese Länder gilt es zu unterstützen. Im «globalen Dorf» ist Hilfe zur Entwicklung zentral – auch aus Eigeninteresse. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, welche Herausforderungen Migrationsströme für die Staatengemeinschaft darstellen. Die Klimaerwärmung könnte die Stabilität ganzer geografischer Regionen unterminieren und neue Migrationsströme auslösen. Gezielte Unterstützung ist deshalb nicht nur eine Frage der Fairness, es steckt auch Eigennutz dahinter.

Ebenfalls beeindruckend war die Präsenz sogenannter Non-State-Actors. Gemeinden, Regionen und nicht zuletzt auch Firmen zeigen immer deutlicher, dass sie sich in der Bekämpfung des Klimawandels engagieren wollen. Im Rahmen von Side-Events stellten diese Akteure Lösungen für die Herausforderungen des Klimawandels vor – darunter auch Schweizer Firmen. So wurde die Firma Climeworks als eines der weltweit zwanzig besten Startups ausgezeichnet. Die Anlagen dieser Firma sind in der Lage, CO₂ aus der Atmosphäre herauszufiltern und für technische Prozesse zur Verfügung zu stellen. Präsent war auch Mootral, eine Firma, welche einen Futterzusatz entwickelt hat, der die Methanproduktion von Kühen deutlich reduziert.

Viele engagierte Firmen – so auch der weltgrösste Stahlhersteller, ArcelorMittal, anlässlich eines Side-Events des World Business Council for Sustainable Development – machten klar: Sie könnten nachhaltiger produzieren, benötigen dafür aber die richtigen Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen gilt es in den Verhandlungen zu entwickeln.

Die Zeit dafür drängt, doch ist es zu schaffen. Denn die Wirtschaft ist eifrig dabei, Lösungen für die Herausforderungen des Klimawandels zu entwickeln. Noch sind einzelne dieser Lösungen zu teuer. Die Kostendifferenz zur weniger nachhaltigen Lösung wird aber kleiner und wird bald so gering sein, dass sie kein Argument mehr dafür ist, die Zukunft unseres Planeten zu riskieren. Deshalb braucht es für die Umsetzung Politik und Wirtschaft – gemeinsam.

Christian Zeyer ist Co-Geschäftsführer von Swisscleantech und Mitglied der Schweizer Verhandlungsdelegation.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 237. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:

Eric Gujer

Chefredaktorin Neue Produkte:

Anita Zielina

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüsch, Andreas Wüstling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weistlog, Daniel Steinworth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Simon Gemperli, Claudia Baer, Paul Schneeburger, Daniel Gerny, Frank Sieber, Marcel Amrein, Marc Tribelhorn, Simon Hehli

Bundeshaus: Heidi Göni, Christof Forster, Jan Flückiger

Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Claudia Aebbersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucia Paška, Hansruedi Schöchli,

Thomas Schürpf, Zsófia Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundelner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer

Feuilleton: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribli, Uwe Justus Wenzel, Ueli Berrays, Roman Bucheli, Susanna Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler,

Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner

Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigiger, Susanna Ellner

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Henning Steier, Helga Rietz

Wochenende: Colette Gradwohl, Susanna Müller

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz

Reporter: Marcel Gyr, Alois Fausi

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produkt-**

tion / Layout: Hansruedi Frei. **Korrektur:** Yvonne Betschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara Maria Manzo. **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ Folio:** Daniel Weber.

NZZ TV / Format: Silvia Fleck. **NZZ Campus:** Peer Teuwssen. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwssen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00,

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 694 Fr. (12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr. (6 Monate), 156 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 171 Fr. (3 Monate), 73 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 288 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate), 246 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreisen (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2016

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors